

Wir veröffentlichen eine komplette Übersetzung der im Rahmen der US-Haushaltsberatungen vom US-Repräsentantenhaus beschlossenen Resolution 758, mit der faktisch zum Krieg gegen Russland aufgerufen wird.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 198/14 – 14.12.14

H.Res.758 – Entschiedene Verurteilung der Handlungen der Russischen Föderation unter dem Präsidenten Wladimir Putin, der eine Politik der Aggression betreibt, die auf die politische und wirtschaftliche Unterdrückung der Nachbarstaaten ausgerichtet ist

CONGRESS.GOV, 04.12.14

(<https://www.congress.gov/bill/113th-congress/house-resolution/758/text>)

Eingebracht am 11.08.14 von dem Abgeordneten Kinzinger, Adam [Republikaner aus Illinois, 16. District, s. <https://www.congress.gov/member/adam-kinzinger/2014>]

im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses.

Ergebnis der Abstimmung am 04.12.2014: Zur Annahme war eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. Die Resolution wurde mit 411 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen beschlossen. Das Abstimmungsverhalten ist zu ersehen aus <http://clerk.house.gov/evs/2014/roll548.xml> .

Text der H.Res.758

Da die Russische Föderation eine Kampagne der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aggression gegen die Ukraine betreibt, in der Absicht diesen Staat zu unterwerfen und nach und nach seiner Unabhängigkeit zu berauben (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP18414_211114.pdf),

da die Invasion der Russischen Föderation und ihre Militäreinsätze auf ukrainischem Territorium grobe Verletzungen der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität der Ukraine sind und die Russische Föderation damit gegen das Völkerrecht und die ihr aus der UN-Charta erwachsenden Verpflichtungen verstößt,

da die Russische Föderation im Umgang mit der Ukraine seit Februar 2014 jedes der 10 Prinzipien der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 verletzt hat,

da die Russische Föderation mit der gewaltsamen Besetzung und illegalen Annexion der Krim und der andauernden Unterstützung separatistischer und paramilitärischer Kräfte in der Ostukraine ihre in dem Budapester Memorandum von 1994 eingegangene Verpflichtung verletzt, die Unabhängigkeit und Souveränität und die bestehenden Grenzen der Ukraine zu respektieren und auf Drohungen oder Gewaltanwendung gegen die Ukraine und Angriffe auf ihre territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit zu verzichten,

da die Russische Föderation den separatistischen und paramilitärischen Kräften in der Ostukraine militärische Ausrüstung, Ausbildung und andere Hilfe zur Verfügung gestellt und damit den Tod von über 4.000 Zivilisten, die Vertreibung von hunderttausenden von Flüchtlingen und großflächige Zerstörungen verursacht hat,

da das ukrainische Militär den Streitkräften der Russischen Föderation in seiner Personalstärke und technischen Ausrüstung weit unterlegen ist,

da die USA die Ukraine entschieden in ihren Bemühungen unterstützen, ihr Territorium und ihre Souveränität gegen die militärische Aggression der Russischen Föderation und der separatistischen Kräfte zu verteidigen,

da gegen die am 5. September 2014 im Minsker Protokoll zwischen Vertretern der Regierung der Ukraine, der Russischen Föderation und der von den Russen unterstützten Separatisten im Osten der Ukraine vereinbarten Bedingungen für eine Waffenruhe von der Russischen Föderation und den von ihr unterstützten Separatisten wiederholt verstoßen wurde,

da die separatistischen Kräfte in den von ihnen kontrollierten Gebieten in der Ostukraine am 25. Mai 2014 die Durchführung der Wahl eines neuen ukrainischen Präsidenten und am 26. Oktober 2014 die Beteiligung an der Wahl einer neuen Rada (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Werchowna_Rada) verhindert und dadurch den Menschen in der Ostukraine ihr demokratisches Recht, bei freien und fairen Wahlen die von ihnen gewünschten Kandidaten unterstützen zu können, verweigert haben,

da die separatistischen Kräfte in der Ostukraine am 2. November 2014 betrügerische und illegale Wahlen in den von ihnen kontrollierten Gebieten abgehalten haben, um Führungen für die Gebiete zu bestimmen, die zu Unrecht ihre Unabhängigkeit erklärt haben,

da die Russische Föderation den separatistischen Kräfte auch weiterhin militärische, politische und wirtschaftliche Hilfe zukommen lässt, ohne die sie die von ihnen gehaltenen Gebiete nicht länger kontrollieren könnten,

da zur Wiederherstellung des Friedens und der Sicherheit in der Ukraine der vollständige Abzug aller russischen Kräfte von ukrainischem Territorium notwendig ist, damit die ukrainische Regierung wieder die Kontrolle über sämtliche Gebiete innerhalb der international anerkannten Grenzen der Ukraine übernehmen kann, und da die separatistischen und paramilitärischen Kräften im Osten entwaffnet werden müssen und Russland den durch Drosselung seiner Energieexporte und durch die Errichtung von Handelsbarrieren ausgeübten Druck aufgeben und seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einstellen muss,

da ein ziviles Verkehrsflugzeug der Malaysia Airlines auf Flug 17 durch eine Rakete zerstört wurde, die von Russen unterstützte separatistischen Kräfte in der Ostukraine abgefeuert haben, wodurch 298 Unschuldige ihr Leben verloren (s. dazu auch http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP15314_200914.pdf),

da die Russische Föderation riesige Mengen Waffen, darunter auch Raketensysteme zur Abwehr von Flugzeugen und andere tödliche Waffen, an das Regime Baschar al-Assad in Syrien liefert, das den Terrorismus fördert und von der Hisbollah unterstützt wird, einer modern ausgerüsteten Terroristengruppe, die den USA und einigen ihrer engsten Verbündeten feindlich gesinnt ist,

da die Russische Föderation das Assad-Regime und dessen brutalen Angriff auf die syrische Bevölkerung unterstützt (wichtige Infos dazu s. unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP18914_301114.pdf),

da die Russische Föderation wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen wie die Manipulation von

Energiepreisen und Energielieferungen sowie Handelsbeschränkungen benutzt hat und immer noch nutzt, um politischen und wirtschaftlichen Druck auf die Ukraine auszuüben,

da sich Frankreich 2011 dazu bereit erklärt hat, der Russischen Föderation zwei amphibische Hubschrauberträger der Mistral-Klasse (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Mistral-Klasse>) für 1,7 Milliarden Dollar zu verkaufen,

da diese Schiffe, wenn sie in den Besitz des russischen Militärs gelangt wären, zur weiteren Destabilisierung beigetragen hätten und bei der Besetzung der Krim eingesetzt worden wären,

da sich Frankreich in Anbetracht des russischen Einfalls in die Krim und in andere zur Republik Ukraine gehörende Territorien und des für die ganze Region bedrohlichen russischen Verhaltens dazu entschlossen hat, die Auslieferung der Hubschrauberträger der Mistral-Klasse an die Russische Föderation auszusetzen,

da der Ankauf der beiden Hubschrauberträger der Mistral-Klasse durch die North Atlantic Treaty Organization / NATO deren Fähigkeiten verbessern und nicht nur Frankreich die Baukosten für die Schiffe erstatten, sondern gleichzeitig auch das russische Bedrohungspotential für die osteuropäischen Staaten verringern würde,

da die Russische Föderation im August 2008 in die Republik Georgien eingefallen ist, weiterhin Truppen in Gebieten von Abchasien und Südossetien stationiert hat und beabsichtigt, diese Gebiete nach und nach durch verschiedene Maßnahmen wie einen am 24. November 2014 unterzeichneten "Vertrag" mit der zu Georgien gehörenden Region Abchasien in die Russische Föderation zu integrieren versucht (andere Infos dazu s. unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP12908_100808.pdf und http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP13508_140808.pdf),

da die Russische Föderation versucht, die Republik Georgien auch weiterhin politisch und militärisch einzuschüchtern und mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen und anderen Formen der Aggression zu unterwerfen, um die Kontrolle über diesen Staat zu erlangen und ihn davon abzuhalten, engere Beziehungen zur Europäischen Union und zu den USA aufzunehmen,

da die Russische Föderation gegen den ausdrücklichen Willen der Regierung Moldawiens und der Organization for Security and Cooperation in Europe / OSZE auch weiterhin Truppen in dem zu Moldawien gehörende Gebiet Transnistrien stationiert (s. <http://www.tagesschau.de/ausland/transnistrien-rumaenien100.html>),

da die Russische Föderation das illegale separatistische Regime in Transnistrien, einer Region Moldawiens, auch weiterhin unterstützt,

da die Russische Föderation auch weiterhin versucht, Moldawien politisch und militärisch einzuschüchtern und mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen und anderen Formen der Aggression zu unterwerfen, um die Kontrolle über diesen Staat zu erlangen und ihn davon abzuhalten, engere Beziehungen zur Europäischen Union und zu den USA aufzunehmen,

da die Sowjetunion dem Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty / INF (dem Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme, s. <http://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag>) beigetreten ist, an den auch die Russische Föderation durch eine im Oktober 1992 in Bischkek in Kirgisistan abgegebene Erklärung gebunden ist,

da der INF-Vertrag somit auch der Russischen Föderation Flugtests mit oder die Aufstellung von militärischen Mittelstreckenraketen verbietet,

da General Breedlove, der Chef des U.S. European Command / EUCOM (in Stuttgart) und NATO-Oberkommandierende (weitere Infos über ihn unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05914_300314.pdf), am 2. April 2014 festgestellt hat: "Die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf der großen Landmasse Europas verletzt den INF-Vertrag und ist zu ahnden. ... Ich will der Allianz nicht vorgreifen, meine aber, dass sie darauf reagieren muss. ... Das erfordert eine Antwort,"

da das US-Außenministerium am 29. Juli 2014 seinen Bericht über die Beachtung und Einhaltung der Vereinbarungen über die Rüstungskontrolle, die Nichtweitergabe von Atomwaffen und Abrüstungsvorhaben für das Kalenderjahr 2013 veröffentlicht hat, wie es der Artikel 403 des Gesetzes über Rüstungskontrolle und Abrüstung vorschreibt, und darin mitgeteilt hat, nach Feststellungen der USA habe die Russische Föderation ihre mit dem INF-Vertrag eingegangene Verpflichtung – keine vom Boden gestartete Marschflugkörper / GLCMs mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 km zu produzieren, zu besitzen oder im Flug zu testen und auch keine dafür erforderlichen Abschussvorrichtungen vorzuhalten, missachtet (Die Gründe, die Russland dazu bewogen haben, sind nachzulesen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP22008_121108.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP22511_011211.pdf .),

da nach besorgniserregenden Berichten die Russen auch eine neue ballistische Rakete mittlerer Reichweite mit unterschiedlichen Sprengköpfen, die RS-26 (s. <http://de.ria.ru/zei-tungen/20131003/267003206.html>), mehrfach getestet haben, die nach Feststellungen des US-Senats nicht den Vorgaben entspricht, die mit dem INF-Vertrag im Mai 1988 ausgehandelt wurden,

da die Russische Föderation darum ersucht hat, für Überwachungsflüge über den USA und Europa, die im Rahmen des Vertrages über den Offenen Himmel (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_%C3%BCber_den_Offenen_Himmel) stattfinden, neue Flugzeuge mit neuen Sensoren zuzulassen, wäre die nationale Sicherheit der USA bedroht, wenn das erlaubt würde,

da General Breedlove, der Chef des U.S. European Command / EUCOM (in Stuttgart) und NATO-Oberkommandierende, am 11. November 2014 festgestellt hat, dass "zum Einsatz von Atomwaffen fähige" russische Streitkräfte auf die Halbinsel Krim verlegt wurden,

da die Regierung der Russischen Föderation nach Berichten wiederholt versucht hat, in Computernetze der US-Regierung einzudringen, sowie die Computer von Einzelpersonen und Privatfirmen anzuzapfen, um sich auf illegale Weise Informationen zu verschaffen, und auch russische Einzelpersonen und Firmen bei solchen Versuchen unterstützt und die Kommunikation gestört hat,

da die politische, militärische und wirtschaftliche Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und andere Staaten andauert, bleibt die North Atlantic Treaty Organization / NATO als Eckstein der kollektiven euro-atlantischen Verteidigung unersetzlich,

da die USA zu der Verpflichtung stehen, die ihnen aus dem Artikel 5 des NATO-Vertrages erwächst, steht fest, dass "ein bewaffneter Angriff auf ein oder mehrere NATO-Mitglieder als Angriff auf alle betrachtet wird",

da die Russische Föderation ihre Energielieferungen auch weiterhin als politisches und

wirtschaftliches Druckmittel gegen die Ukraine, Georgien, Moldawien und andere europäische Staaten einsetzt,

da die USA dafür sorgen müssen, dass die Ukraine, Georgien, Moldawien und die anderen europäischen Staaten ihren Energiebedarf auch bei anderen Lieferanten decken können, um der Russischen Föderation die Möglichkeit zu nehmen, ihre Energielieferungen als politisches und wirtschaftliches Druckmittel einsetzen zu können, müssen sie auch bei der Erschließung eigener Energiequellen, bei der besseren Energieausnutzung und beim Ersetzen russischer Energielieferungen durch Importe aus anderen Staaten behilflich sein,

da die Russische Föderation ihre aggressive Propaganda gegen die Ukraine mit falschen Informationen fortsetzt, um die Autorität der legitimen ukrainischen Regierung und die Stabilität des Landes zu untergraben, ethnische Konflikte zu schüren und Gewalt zu säen,

da die Russische Föderation die Präsenz ihrer staatlich finanzierten, in den jeweiligen Landessprachen verfassten Medien auf Zentral- und Westeuropa ausweitet – mit der Absicht, durch die Verbreitung von obskuren Nachrichten und Informationen die öffentliche Meinung einseitig zu beeinflussen und ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Europa zu verstärken,

da die USA ihrerseits eigene Medien in russischer und ukrainischer Sprache verbreiten müssen, um der russischen Propaganda entgegenzuwirken und den Menschen in der Ukraine und in den angrenzenden Gebieten den Zugang zu glaubwürdigen und ausgewogenen Informationen zu ermöglichen,

da die Voice of America (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Voice_of_America) und Radio Free Europe / Radio Liberty - RFE/RL (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Radio_Free_Europe) in der Ukraine und in den angrenzenden Regionen mit einer teilweise Russisch sprechenden Bevölkerung nur eine Minderheit erreichen, während die Mehrheit ihre Informationen aus russischen Medien bezieht,

da das Public Law 113-96 von 2014 über die Ausstrahlung internationaler US-Programme in der Ukraine und in den benachbarten Gebieten vorschreibt, dass die Voice of America und RFE/RL die Bevölkerung in der Ukraine und in Moldawien möglichst an allen 7 Wochentagen rund um die Uhr mit Informationen (in der Landessprache) – mindestens aber 8 Stunden pro Woche mit Videos und Fernsehnachrichten und 14 Stunden pro Woche mit gezielten Rundfunkbeiträgen – versorgt, wobei die Zusammenarbeit mit lokalen Sendern durch Multimediaplattformen und mobile Sendestationen ausgeweitet werden soll, und

da Vladimir Putin durch manipulierte Wahlen, durch die Verfolgung und Inhaftierung politischer Gegner, durch die Verdrängung unabhängiger Medien, durch die Besetzung wichtiger Schlüsselpositionen in der Wirtschaft mit treuen Anhängern, die sich bereichern können, ein immer autoritärer werdendes korruptes Regime errichtet hat und mit einer lautstarken Propaganda-Kampagne die russische Aggression gegen andere Staaten und die Unterdrückung der russischen Bevölkerung zu rechtfertigen versucht,

ergeht folgender Beschluss: Das Repräsentantenhaus

(1) unterstützt entschieden die Bemühungen des Präsidenten Poroschenko und des ukrainischen Volkes um einen dauerhaften Frieden in ihrem Land, der den vollständigen Abzug der russischen Streitkräfte vom Territorium der Ukraine, die Wiederherstellung der international anerkannten Grenzen der Ukraine und die Entwaffnung der separatistischen und paramilitärischen Kräfte in der Ostukraine einschließt und eine Politik ermöglicht, die der

Russischen Föderation die Möglichkeit nimmt, die Einschränkung der Energielieferungen und Handelshemmnisse als Waffen zu benutzen, um wirtschaftlichen und politischen Druck auszuüben und sich in die inneren Angelegenheit der Ukraine einzumischen,

(2) bestätigt das Recht der Ukraine, Georgiens, Moldawiens und aller anderen Staaten auf die Wahrnehmung ihrer Souveränität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen – ohne Interventionen aus dem Ausland – und ihr Recht auf eine eigene Außenpolitik, die den Interessen ihrer Völker am besten dient,

(3) verurteilt die politische, wirtschaftliche und militärische Aggression gegen die Ukraine, Georgien und Moldawien, die ständig von der Russischen Föderation ausgeht, sowie die ständige Verletzung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität dieser Staaten,

(4) stellt fest, dass das militärische Eingreifen der Russischen Föderation in der Ukraine

(A) die Bestimmungen der UN-Charta bricht,

(B) alle 10 Prinzipien der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 verletzt (s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_%C3%BCber_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa),

(C) gegen das Budapester Memorandum von 1994 verstößt, in dem sich die Russische Föderation verpflichtet hat, die Unabhängigkeit, Souveränität und die bestehenden Grenzen der Ukraine zu respektieren und auf gewaltsame Eingriffe in die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit der Ukraine zu verzichten und

(D) den internationalen Frieden und die Sicherheit bedroht,

(5) fordert die Russische Föderation auf, die illegale Annexion der Krim rückgängig zu machen, die Unterstützung der Separatisten auf der Krim zu beenden und ihre Streitkräfte zurückzuziehen – außer denjenigen, die sich nach dem 1992 geschlossenen Abkommen über die Stationierung der russischen Schwarzmehrflotte auf dem Territorium der Ukraine dort aufhalten dürfen,

(6) fordert den (US-)Präsidenten auf, darauf hinzuwirken, dass sich die US-Verbündeten und Partner in Europa und die anderen Staaten der Welt weigern, irgendwelche Ansprüche der Russischen Föderation auf die Krim, ihren Luftraum oder auf die sie umgebenden Gewässer de facto oder de jure anzuerkennen,

(7) fordert die Russische Föderation auf, ihre sämtlichen Truppen mitsamt ihrer militärischen Ausrüstung vom Territorium der Ukraine, Georgiens und Moldawiens zu entfernen und ihre politische, militärische und wirtschaftliche Hilfe für separatistische Kräfte zu beenden,

(8) fordert die Russische Föderation und die von ihr unterstützten und kontrollierten Separatisten in der Ukraine auf, ihre Verstöße gegen die am 5. September 2014 in Minsk vereinbarte Waffenruhe zu beenden,

(9) fordert den (US-)Präsidenten auf, gemeinsam mit den US-Verbündeten und Partnern in Europa und anderen Staaten auf der ganzen Welt Einreiseverbote, die Blockierung von Konten bei ausländischen Banken, gezielte Sanktionen und andere Maßnahmen gegen die Russische Föderation und ihre Führung zu verhängen, mit der Absicht, damit die Ver-

letzung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine zu beenden, sowie den den Abzug der russischen Truppen samt ihrer Ausrüstung von ukrainischem Territorium durchzusetzen und die Unterstützung separatistischer und paramilitärischer Kräfte zu stoppen,

(10) fordert den (US-)Präsidenten auf, die Regierung der Ukraine mit tödlichen Waffen und sonstiger militärischer Ausrüstung zu beliefern und sie bei der Ausbildung ihrer Truppen und auch sonst zu unterstützen, damit sie ihr Territorium und ihre Souveränität effektiv verteidigen kann,

(11) fordert den (US-)Präsidenten auf, die Regierung der Ukraine rechtzeitig mit geeigneten geheimdienstlichen Erkenntnissen und anderen relevanten Informationen zu versorgen, damit sie ihr Territorium und ihre Souveränität verteidigen kann,

(12) fordert die US-Verbündeten in der North Atlantic Treaty Organization / NATO sowie die anderen US-Partner in Europa und in der ganzen Welt auf, die militärische Zusammenarbeit mit Russland einzustellen und den Verkauf tödlicher und nichttödlicher militärischer Ausrüstung an die russische Regierung zu verbieten,

(13) versichert, dass die USA ihren Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag und insbesondere aus dessen Artikel 5 nachkommen werden und fordert alle Mitgliedsstaaten auf, auch ihren vollen finanziellen Beitrag zur Sicherung der kollektiven Verteidigungsbreitschaft zu leisten,

(14) drängt den (US-)Präsidenten, in Abstimmung mit dem Kongress den Zustand und die Einsatzbereitschaft der US-Streitkräfte und der Streitkräfte der anderen NATO-Staaten zu überprüfen und festzustellen, ob deren Beiträge und Aktivitäten ausreichen, um den aus Artikel 5 erwachsenden Verpflichtungen zur kollektiven Verteidigung gerecht zu werden, und dafür Sorge zu tragen, dass eventuelle Mängel abgestellt werden,

(15) begrüßt die Entscheidung Frankreichs, die Auslieferung der Hubschrauberträger der Mistral-Klasse an die Russische Föderation auf unbestimmte Zeit auszusetzen, und fordert die Regierungen der USA, Frankreichs und anderer Partner sowie die NATO auf, darüber zu beraten, ob diese Schiffe angekauft werden können, um ihre Auslieferung an die Russische Föderation zu verhindern,

(16) drängt den (US-)Präsidenten, der Russischen Föderation öffentlich vorzuwerfen, dass sie ihren Verpflichtungen aus dem INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen nicht nachkommt, und alles zu unternehmen, damit sie diese Verpflichtungen einhält,

(17) drängt den (US-)Präsidenten, gemeinsam mit den Asiaten, Europäern und anderen Verbündeten eine umfassende Strategie zu entwickeln, um sicherzustellen, dass die Russische Föderation keine Vorteile aus der Entwicklung militärischer Systeme ziehen kann, die den INF Vertrag verletzen,

(18) hält die Stationierung russischer Atomwaffen auf ukrainischem Territorium für eine destabilisierende Provokation,

(19) fordert die Ukraine und andere Staaten auf, sich um Alternativen in der Energieversorgung zu bemühen, um der Russischen Föderation die Möglichkeit zu nehmen, ihre Energielieferungen als Mittel zur Ausübung politischen oder wirtschaftlichen Drucks einzusetzen, die Erdgasströme nach Westeuropa umzukehren und mehr Flüssiggas aus den USA zu importieren, sowie die Energieausnutzung zu verbessern (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07014_140414.pdf),

(20) fordert den (US-)Präsidenten und das US-Außenministerium auf, eine koordinierte Strategie zu entwickeln, um Staaten mit einem großen Anteil Russisch sprechender Bürger mit Informationen in russischer Sprache versorgen zu können, und deshalb vorhandene Sender wie die Voice of America und Radio Free Europe / Radio Liberty - RFE/RL besser zu nutzen, Public-Private-Partnerships (s. http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96ffentlich-private_Partnerschaft) mit einheimischen Sendern anzustreben und dafür die Unterstützung regionaler Regierungen zu gewinnen,

(21) fordert das US-Außenministerium auf, von seinen wichtigsten diplomatischen Vertretungen in Europa den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss Russlands und der staatlich finanzierten russischen Medien bewerten zu lassen und in Zusammenarbeit mit den Regierungen der europäischen Länder geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen,

(22) fordert die Russische Föderation auf, ihre Unterstützung für das Assad-Regime in Syrien einzustellen,

(23) drängt den (US-)Präsidenten, die Russische Föderation öffentlich und in Gesprächen aufzufordern, ihr destruktives Verhalten bei Begegnungen ihrer Vertreter mit Vertretern der USA aufzugeben,

(24) fordert die Russische Föderation auf, sich um für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen zu den USA zu bemühen, die auf der Respektierung der Unabhängigkeit und Souveränität aller Staaten und deren Recht beruht, ihre Zukunft – einschließlich ihrer Beziehungen zu anderen Nationen und internationalen Organisationen – ohne Einmischung, Einschüchterung oder von anderen Staaten ausgeübtem Zwang frei ausüben zu können und

(25) fordert die Wiederherstellung enger und kooperativer Beziehungen zwischen den Völkern der USA und der Russischen Föderation, die auf dem gemeinsamen Streben nach Demokratie und Frieden für alle Staaten und der Respektierung der Menschenrechte beruhen.

(Wir haben diese Ansammlung von Halbwahrheiten, dreisten Lügen, Unverschämtheiten und offenen Kriegsdrohungen komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links zu richtigstellenden Informationen versehen. Unter <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43540/1.html> sowie unter <http://www.cashkurs.com/kategorie/wirtschaftsfacts/beitrag/gastbeitrag-dr-ron-paul-ruecksichtsloser-us-kongress-hat-russland-gerade-den-krieg-erklaert/> sind zwei leistungswerte Kommentare dazu aufzurufen. Der zweite Kommentar stammt von Ron Paul [s. http://de.wikipedia.org/wiki/Ron_Paul], der – leider erfolglos – dreimal Kandidat bei der US-Präsidentenwahl werden wollte. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

CONGRESS.GOV

H.Res.758 - Strongly condemning the actions of the Russian Federation, under President Vladimir Putin, which has carried out a policy of aggression against neighboring countries aimed at political and economic domination.

Sponsor: Rep. Kinzinger, Adam [R-IL-16] (Introduced 11/18/2014)

Committees: House - Foreign Affairs

Latest Action: 12/04/2014 On motion to suspend the rules and agree to the resolution, as

amended Agreed to by the Yeas and Nays: (2/3 required): 411 - 10 (Roll no. 548).
Major Recorded Votes: 12/04/2014 : Passed House

In the House of Representatives, U. S.,
December 4, 2014

Whereas the Russian Federation has subjected Ukraine to a campaign of political, economic, and military aggression for the purpose of establishing its domination over the country and progressively erasing its independence;

Whereas the Russian Federation's invasion of, and military operations on, Ukrainian territory represent gross violations of Ukraine's sovereignty, independence, and territorial integrity and a violation of international law, including the Russian Federation's obligations under the United Nations Charter;

Whereas the Russian Federation has, since February 2014, violated each of the 10 principles of the 1975 Helsinki Accords in its relations with Ukraine;

Whereas the Russian Federation's forcible occupation and illegal annexation of Crimea and its continuing support for separatist and paramilitary forces in eastern Ukraine are violations of its obligations under the 1994 Budapest Memorandum on Security Assurances, in which it pledged to respect the independence and sovereignty and the existing borders of Ukraine, and to refrain from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of Ukraine;

Whereas the Russian Federation has provided military equipment, training, and other assistance to separatist and paramilitary forces in eastern Ukraine that has resulted in over 4,000 civilian deaths, hundreds of thousands of civilian refugees, and widespread destruction;

Whereas the Ukrainian military remains at a significant disadvantage compared to the armed forces of the Russian Federation in terms of size and technological sophistication;

Whereas the United States strongly supports efforts to assist Ukraine to defend its territory and sovereignty against military aggression by the Russian Federation and by separatist forces;

Whereas the terms of the cease-fire specified in the Minsk Protocol that was signed on September 5, 2014, by representatives of the Government of Ukraine, the Russian Federation, and the Russian-led separatists in the eastern area of Ukraine have been repeatedly violated by the Russian Federation and the separatist forces it supports;

Whereas separatist forces in areas they controlled in eastern Ukraine prevented the holding of elections on May 25, 2014, for a new President of Ukraine and on October 26, 2014, for a new Rada, thereby preventing the people of eastern Ukraine from exercising their democratic right to select their candidates for office in free and fair elections;

Whereas on November 2, 2014, separatist forces in eastern Ukraine held fraudulent and illegal elections in areas they controlled for the supposed purpose of choosing leaders of the illegitimate local political entities they have declared;

Whereas the Russian Federation continues to provide the military, political, and economic support without which the separatist forces could not continue to maintain their areas of control;

Whereas the reestablishment of peace and security in Ukraine requires the full withdrawal of Russian forces from Ukrainian territory, the resumption of the Government of Ukraine's control over all of the country's international borders, the disarming of the separatist and paramilitary forces in the east, an end to Russia's use of its energy exports and trade barriers to apply economic and political pressure, and an end to Russian interference in Ukraine's internal affairs;

Whereas Malaysia Airlines Flight 17, a civilian airliner, was destroyed by a missile fired by Russian-backed separatist forces in eastern Ukraine, resulting in the loss of 298 innocent lives;

Whereas the Russian Federation continues to supply the vast majority of arms purchases, which include anti-aircraft missile systems and other lethal weapons, to the Bashar Assad regime in Syria, a state sponsor of terrorism that is actively backed by Hezbollah, a sophisticated terrorist group hostile to the United States and its close allies;

Whereas the Russian Federation has protected the Assad regime and backed its brutal assault against the Syrian people;

Whereas the Russian Federation has used and is continuing to use coercive economic measures, including the manipulation of energy prices and supplies, as well as trade restrictions, to place political and economic pressure on Ukraine;

Whereas France agreed to sell to the Russian Federation two Mistral-class amphibious assault ships in 2011 for \$1.7 billion;

Whereas Russian possession of these ships would be a destabilizing addition to the Russian military, which would likely have boosted its ability to invade Crimea;

Whereas given the Russian invasion of sovereign territory of the Republic of Ukraine in Crimea and elsewhere and its dangerous behavior throughout the region, France decided to suspend delivery of the Mistral-class warships to the Russian Federation;

Whereas purchase of the two Mistral-class warships by North Atlantic Treaty Organization (NATO) countries would expand NATO's capabilities, resolve France's legitimate concern over the cost of the ships, and eliminate a potential threat to countries in Eastern Europe;

Whereas the Russian Federation invaded the Republic of Georgia in August 2008, continues to station military forces in the regions of Abkhazia and South Ossetia, and is implementing measures intended to progressively integrate these regions into the Russian Federation, including by signing a "treaty" between Georgia's Abkhazia Region and the Russian Federation on November 24, 2014;

Whereas the Russian Federation continues to subject the Republic of Georgia to political and military intimidation, economic coercion, and other forms of aggression in an effort to establish its control of the country and to prevent Georgia from establishing closer relations with the European Union and the United States;

Whereas the Russian Federation continues to station military forces in the Transnistria region of Moldova in violation of the express will of the Government of Moldova and of its Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) commitments;

Whereas the Russian Federation continues to provide support to the illegal separatist regime in the Transnistria region of Moldova;

Whereas the Russian Federation continues to subject Moldova to political and military intimidation, economic coercion, and other forms of aggression in an effort to establish its control of the country and to prevent efforts by Moldova to establish closer relations with the European Union and the United States;

Whereas the Russian Federation acceded to the Intermediate-Range Nuclear Forces (INF) Treaty obligation of the Union of Soviet Socialist Republics in a declaration issued at Bishkek, Kyrgyzstan, in October 1992;

Whereas under the terms of the INF Treaty, a flight-test or deployment of any INF-banned weapon delivery vehicle by the Russian Federation constitutes a militarily significant violation of the INF Treaty;

Whereas on April 2, 2014, the Commander, U.S. European Command, and Supreme Allied Commander Europe, General Breedlove, stated that, “A weapon capability that violates the INF, that is introduced into the greater European land mass is absolutely a tool that will have to be dealt with * * *. I would not judge how the alliance will choose to react, but I would say they will have to consider what to do about it * * *. It can’t go unanswered.”;

Whereas on July 29, 2014, the United States Department of State released its report on the Adherence to and Compliance with Arms Control, Nonproliferation, and Disarmament Agreements and Commitments, as required by Section 403 of the Arms Control and Disarmament Act, for calendar year 2013, which found that, “[t]he United States has determined that the Russian Federation is in violation of its obligations under the INF Treaty not to possess, produce, or flight-test a ground-launched cruise missile (GLCM) with a range capability of 500 km to 5,500 km, or to possess or produce launchers of such missiles”;

Whereas concerns also exist with respect to a new Russian ballistic missile, the RS–26, which, according to reports, has been tested on multiple occasions at intermediate ranges, and in different configurations, which would be covered by the interpretative statements the United States Senate relied upon when it ratified the INF Treaty in May 1988;

Whereas the Russian Federation has requested the approval of new sensors and new aircraft to be flown over the United States and Europe as part of the Treaty on Open Skies, and serious concerns have been raised regarding impacts to United States national security if such approval is given;

Whereas on November 11, 2014, the Commander, U.S. European Command, and Supreme Allied Commander Europe, General Breedlove, stated that, Russian forces “capable of being nuclear” are being moved to the Crimea Peninsula;

Whereas according to reports, the Government of the Russian Federation has repeatedly engaged in the infiltration of, and attacks on, computer networks of the United States Government, as well as individuals and private entities, for the purpose of illicitly acquiring information and disrupting operations, including by supporting Russian individuals and entities engaged in these actions;

Whereas the political, military, and economic aggression against Ukraine and other countries by the Russian Federation underscores the enduring importance of the North Atlantic Treaty Organization (NATO) as the cornerstone of collective Euro-Atlantic defense;

Whereas the United States reaffirms its obligations under the North Atlantic Treaty, especially Article 5 which states that “an armed attack against one or more” of the treaty signatories “shall be considered an attack against them all”;

Whereas the Russian Federation is continuing to use its supply of energy as a means of political and economic coercion against Ukraine, Georgia, Moldova, and other European countries;

Whereas the United States strongly supports energy diversification initiatives in Ukraine, Georgia, Moldova, and other European countries to reduce the ability of the Russian Federation to use its supply of energy for political and economic coercion, including the development of domestic sources of energy, increased efficiency, and substituting Russian energy resources with imports from other countries;

Whereas the Russian Federation continues to conduct an aggressive propaganda effort in Ukraine in which false information is used to subvert the authority of the legitimate national government, undermine stability, promote ethnic dissension, and incite violence;

Whereas the Russian Federation has expanded the presence of its state-sponsored media in national languages across central and western Europe with the intent of using news and information to distort public opinion and obscure Russian political and economic influence in Europe;

Whereas expanded efforts by United States international broadcasting across all media in the Russian and Ukrainian languages are needed to counter Russian propaganda and to provide the people of Ukraine and the surrounding regions with access to credible and balanced information;

Whereas the Voice of America and Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL), Incorporated continue to represent a minority market share in Ukraine and other regional states with significant ethno-linguistic Russian populations who increasingly obtain their local and international news from Russian state-sponsored media outlets;

Whereas the United States International Programming to Ukraine and Neighboring Regions Act of 2014 (Public Law 113–96) requires the Voice of America and RFE/RL, Incorporated to provide programming content to target populations in Ukraine and Moldova 24 hours a day, 7 days a week, including at least 8 weekly hours of total original video and television content and 14 weekly hours of total audio content while expanding cooperation with local media outlets and deploying greater content through multimedia platforms and mobile devices; and

Whereas Vladimir Putin has established an increasingly authoritarian regime in the Russian Federation through fraudulent elections, the persecution and jailing of political opponents, the elimination of independent media, the seizure of key sectors of the economy and enabling supporters to enrich themselves through widespread corruption, and implementing a strident propaganda campaign to justify Russian aggression against other countries and repression in Russia, among other actions: Now, therefore, be it

Resolved, That the House of Representatives

(1) strongly supports the efforts by President Poroshenko and the people of Ukraine to establish a lasting peace in their country that includes the full withdrawal of Russian forces from the territory of Ukraine, full control of Ukraine’s international borders, the disarming of

separatist and paramilitary forces in eastern Ukraine, the adoption of policies to reduce the ability of the Russian Federation to use energy exports and trade barriers as weapons to apply economic and political pressure, and an end to interference by the Russian Federation in the internal affairs of Ukraine;

(2) affirms the right of Ukraine, Georgia, Moldova, and all countries to exercise their sovereign rights within their internationally recognized borders free from outside intervention, and to conduct their foreign policy in accordance with their determination of the best interests of their peoples;

(3) condemns the continuing political, economic, and military aggression by the Russian Federation against Ukraine, Georgia, and Moldova and the continuing violation of their sovereignty, independence, and territorial integrity;

(4) states that the military intervention by the Russian Federation in Ukraine—

(A) is in breach of its obligations under the United Nations Charter;

(B) is in clear violation of each of the 10 principles of the 1975 Helsinki Accords;

(C) is in violation of the 1994 Budapest Memorandum on Security Assurances in which it pledged to respect the independence, sovereignty, and existing borders of Ukraine and to refrain from the threat of the use of force against the territorial integrity or political independence of Ukraine; and

(D) poses a threat to international peace and security;

(5) calls on the Russian Federation to reverse its illegal annexation of Crimea, to end its support of the separatist forces in Crimea, and to remove its military forces from that region other than those operating in strict accordance with its 1997 agreement on the Status and Conditions of the Black Sea Fleet Stationing on the Territory of Ukraine;

(6) calls on the President to cooperate with United States allies and partners in Europe and other countries around the world to refuse to recognize any de jure or de facto sovereignty of the Russian Federation over Crimea, its airspace, or its territorial waters;

(7) calls on the Russian Federation to remove its military forces and military equipment from the territory of Ukraine, Georgia, and Moldova, and to end its political, military, and economic support of separatist forces;

(8) calls on the Russian Federation and the separatist forces it supports and controls in Ukraine to end their violations of the cease-fire announced in Minsk on September 5, 2014;

(9) calls on the President to cooperate with United States allies and partners in Europe and other countries around the world to impose visa bans, targeted asset freezes, sectoral sanctions, and other measures on the Russian Federation and its leadership with the goal of compelling it to end its violation of Ukraine's sovereignty and territorial integrity, to remove its military forces and equipment from Ukrainian territory, and to end its support of separatist and paramilitary forces;

(10) calls on the President to provide the Government of Ukraine with lethal and non-lethal defense articles, services, and training required to effectively defend its territory and sovereignty;

(11) calls on the President to provide the Government of Ukraine with appropriate intelligence and other relevant information in a timely manner to assist the Government of Ukraine to defend its territory and sovereignty;

(12) calls on North Atlantic Treaty Organization (NATO) allies and United States partners in Europe and other nations around the world to suspend all military cooperation with Russia, including prohibiting the sale to the Russian Government of lethal and non-lethal military equipment;

(13) reaffirms the commitment of the United States to its obligations under the North Atlantic Treaty, especially Article 5, and calls on all Alliance member states to provide their full share of the resources needed to ensure their collective defense;

(14) urges the President, in consultation with Congress, to conduct a review of the force posture, readiness, and responsibilities of United States Armed Forces and the forces of other members of NATO to determine if the contributions and actions of each are sufficient to meet the obligations of collective self-defense under Article 5 of the North Atlantic Treaty and to specify the measures needed to remedy any deficiencies;

(15) welcomes the decision of France to indefinitely suspend the delivery of the Mistral-class warships to the Russian Federation and urges the United States, France, NATO, and other partners to engage in consultations and consider all alternative acquisition options for such warships which would not include transfer of the ships to the Russian Federation;

(16) urges the President to publicly hold the Russian Federation accountable for violations of its obligations under the Intermediate-Range Nuclear Forces (INF) Treaty and to take action to bring the Russian Federation back into compliance with the Treaty;

(17) urges the President to work with Asian, European, and other allies to develop a comprehensive strategy to ensure the Russian Federation is not able to gain any benefit by its development of military systems that violate the INF Treaty;

(18) believes the emplacement by the Russian Federation of its nuclear weapons on Ukrainian territory would constitute a provocative and destabilizing move;

(19) calls on Ukraine and other countries to support energy diversification initiatives to reduce the ability of the Russian Federation to use its energy exports as a means of applying political or economic pressure, including by promoting energy efficiency and reverse natural gas flows from Western Europe, and calls on the United States to promote increased natural gas exports and energy efficiency;

(20) calls on the President and the United States Department of State to develop a strategy for multilateral coordination to produce or otherwise procure and distribute news and information in the Russian language to countries with significant Russian-speaking populations which maximizes the use of existing platforms for content delivery such as the Voice of America and Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL), Incorporated, leverages indigenous public-private partnerships for content production, and seeks in-kind contributions from regional state governments;

(21) calls on the United States Department of State to identify positions at key diplomatic posts in Europe to evaluate the political, economic, and cultural influence of Russia and Russian state-sponsored media and to coordinate with host governments on appropriate responses;

(22) calls on the Russian Federation to cease its support for the Assad regime in Syria;

(23) calls on the President to publicly and privately demand the Russian Federation cease its destabilizing behavior at every opportunity and in every engagement between the United States and its officials and the Russian Federation and its officials;

(24) calls upon the Russian Federation to seek a mutually beneficial relationship with the United States that is based on respect for the independence and sovereignty of all countries and their right to freely determine their future, including their relationship with other nations and international organizations, without interference, intimidation, or coercion by other countries; and

(25) calls for the reestablishment of a close and cooperative relationship between the people of the United States and the Russian people based on the shared pursuit of democracy, human rights, and peace among all nations.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern